

FRK geht gegen Wettbewerbsnachteile vor

Klage gegen EU-Genehmigung der Kabelfusion einstimmig beschlossen

Der zweitägige Breitbandkongress des Fachverbandes Rundfunk- und BreitbandKommunikation (FRK) in Leipzig gilt als wichtiger Gradmesser für die Stimmung der Breitbandbranche. Dies drückt sich auch in stetig steigenden Besucher- und Ausstellerzahlen aus. In diesem Jahr sendete die Veranstaltung ein deutliches Zeichen der Geschlossenheit gegen die zunehmende Oligopolisierung des Breitbandmarktes durch die Telekom und Vodafone sowie massive Wettbewerbsverzerrungen zulasten der mittelständischen Kabelnetzbetreiber. Für sehr viel Aufsehen sorgte die Ankündigung des Verbandes, gegen die EU-Genehmigung der Vodafone/Unitymedia Kabelfusion rechtlich vorzugehen. Zudem standen die Glasfaserförderung, die von ARD und ZDF nur an Vodafone entrichteten Einspeisegebühren und die Antennengebühr im Fokus.

Klage gegen EU-Genehmigung der Kabelfusion

Nach wie vor sorgt die durch trotz der von vielen Marktteilnehmern vorgebrachten erheblichen Bedenken genehmigte Übernahme von Unitymedia durch Vodafone nicht nur bei der Telekom und anderen großen Netzbetreibern für helle Empörung. Der FRK macht nun Nägel mit Köpfen. Der Verband will, wie im Sommer angekündigt, gegen die aus seiner Sicht wettbewerbsfeindliche Entscheidung klagen. Einstimmig votierten die in Leipzig anwesenden Mitglieder dafür. Um das finanzielle Prozessrisiko von bis zu 400.000 Euro möglichst klein zu halten, stellt der FRK beim Europäischen Gericht im ersten Schritt einen Antrag auf Prozesskostenhilfe. Sollte dieser Antrag aufgrund mangelnder Klageerfolgsaussichten scheitern, will der Verband eine Prozesskostengemeinschaft von Vodafone-Wettbewerbern initiie-

ren, die gemeinsam gerichtlich gegen die Genehmigung vorgehen wollen.

Staatliche Breitbandförderung wirkungslos

Die marktbeherrschende Stellung von Vodafone und Telekom wird auch von der Politik erkannt und kritisch gesehen. Für Michael Theurer MdB, stellvertretender FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzender, FDP-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und Mitglied im Präsidium der Bundespartei, führt diese zu einer klaren Verzerrung des Wettbewerbs und massiven Benachteiligungen im deutschen Breitbandmarkt. Dabei sind vor allem insbesondere auch die kleinen mittelständischen Anbieter und Netzbetreiber betroffen.

Zudem nahm sich Theurer die staatliche Förderung der Glasfaser mit Steuermitteln vor. Diese sei völlig wirkungslos und sofort einzustellen. So habe der Bund in den letzten Jahren Beratungsleistungen und Ausbauprojekte im Umfang von 4,5 Milliarden Euro bewilligt – und gerade einmal 150 Millionen Euro oder 3,3 Prozent der Gesamtsumme für tatsächliche Projekte ausgezahlt. Zudem wurden weitere fast 150 Millionen Euro für Breitbandberater ausgegeben, ohne dass es in den allermeisten Fällen tatsächlich zu einem Ausbau mit Glasfaser oder anderer Technik kam.

One-Stop-Shop für Vergabe und Fördermittelfragen

Als Alternative schlägt Theurer eine Neuordnung des Breitbandausbaus mit kurzen Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren vor. So sollten Kommunen und Unternehmen bei der Antragstellung durch einen One-Stop-Shop für Vergabe und Fördermittelfragen unbürokratisch und schnell unterstützt werden.

Aus seiner Sicht behindern zudem fehlende sichere politische Rahmenbedingungen für den eigenwirtschaft-



Michael Theurer: „Deutschland hat bei der Glasfaser kein Problem mit großen Zielen, sondern mit deren Umsetzung. Während wir noch mit Kupferkabeln arbeiten, sind die anderen schon mit Lichtgeschwindigkeit unterwegs.“



Heinz-Peter Labonte: „Aus unserer Sicht kann es nicht sein, dass ARD und ZDF ihre Marktmacht einseitig nutzen und den Antennengemeinschaften, mittelständischen und kleinen Kabelnetzbetreibern die Zahlung von Entgelten verwehren, die sie Vodafone großzügig gewähren.“

lichen Ausbau massiv Investitionen aus der Finanzwirtschaft für den rascheren Glasfaserausbau. Das im Zuge der Niedrigzinspolitik reichlich vorhandene private Kapital sei vorhanden und stehe bisher weitgehend ungenutzt, aber ohne politische Unterstützung bereit. Seine mittelstandsfreundliche Forderung wurde während des Kongresses vom Vertreter der Berenberg-Bank, Franz von Abendroth, aus der Praxis mit zahlreichen Beispielen bestätigt. In diesem Sinne unterstützte Theurer auch die jüngst geäußerte FRK-Forderung nach einer oberirdischen Glasfaserverlegung für die raschere Versorgung in der Fläche und den bisher un- und unterversorgten Regionen.

Einspeisegebühren von ARD und ZDF nur für Vodafone

Die Wettbewerbsverzerrung durch die von ARD und ZDF nur an Vodafone entrichtete Einspeisegebühren sorgt nach wie vor für Empörung bei den mittelständischen Netzbetreibern. Angesichts der Untätigkeit des Bundeskartellamtes gegen diese Praxis beschloss die Mitgliederversammlung, bei fortgesetzter Weigerung von ARD und ZDF alle Netzbetreiber gleich zu behandeln, die Musterklage eines Mitgliedsunternehmens gegen die Praxis dieses Kartellverhaltens zu unterstützen.

Sammelinkasso beibehalten

Einen breiten Raum nahm zudem die einstimmig von den Mitgliedern unterstützte FRK-Forderung nach Beibehalt des Sammelinkassos ein. Danach soll die Bereitstellung der frei verfügbaren, unverschlüsselten Fernsehsignale über die Mietkosten weiter mitbezahlt werden. Diese Forderung unterstützte auch Dr. Claus Wedemeier; Referatsleiter für Demografie und Digitalisierung, beim GdW - Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen.

Seit geraumer Zeit fordern die Telekom und Vodafone unter dem Begriff „Nebenkostenprivileg“ die Abschaffung der in der Miete enthaltenen Nebenkosten für Fernseh- und Radioempfang. Aus Sicht des FRK wäre die Abschaffung ein Kniefall

der Politik vor der Marktmacht der beiden Unternehmen und ginge zu Lasten des Mittelstandes, der Wohnungswirtschaft und der Verbraucher. Die aus der früheren Antennengebühr für Mehrfamilienhäuser und Wohnanlagen hervorgegangene Regelung sollte daher aus Sicht des Verbandes unbedingt auch in Zukunft für den Empfang frei verfügbarer und zugänglicher Fernseh- und Hörfunkprogramme für Mieter beibehalten werden.

Alternative nicht nur für Kabelnetzbetreiber

Der Kongress zeigte auch, dass sich der FRK stetig von einem Verband der Antennengemeinschaften, die ursprünglich weitgehend aus den neuen Bundesländern stammen, in eine schlagkräftige Gemeinschaft von Netzbetreibern aus dem gesamten Bundesgebiet wandelt. Dieser Trend dürfte sich verstärkt fortsetzen. Viele mittelständische Kabel- und IP-Netzbetreiber fühlen sich durch die massiv zunehmende Marktmacht der Vodafone an die Wand gedrückt. Sie suchen daher eine neue Heimat und echte Interessenvertretung. Durch die enge Kooperation zwischen FRK und insbesondere dem VATM tut sich hier vor allem für Kabelnetzbetreiber eine echte, schlagkräftige Alternative auf.

Breitbandkongress 2020

Das vor drei Jahren überarbeitete Konzept hat sich bewährt. Mit 40 Ausstellern und 563 Teilnehmern an den Workshops, dem Branchentreff und dem zweitägigen Kongress verzeichnete die Veranstaltung in diesem Jahr ein weiteres deutliches Wachstum. Auch im kommenden Jahr findet der Breitbandkongress im September in Leipzig statt. Über 20 Prozent der Aussteller haben hierfür bereits gebucht. (TF) ■

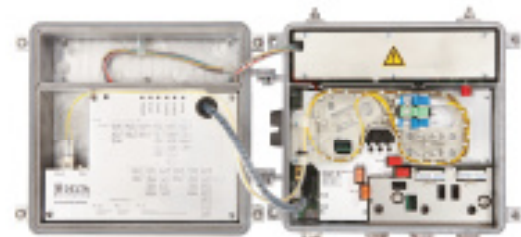
BE PREPARED

VIRTUALIZE YOUR NETWORK

RemotePHY

The smallest DOCSIS 3.1 RemotePHY with an Independent FPGA based RPD.

- 1:1 / 1:2 SG, 2 active outputs
- Optimized size & power
- DPD prepared
- FDX-US support
- RF-overlay



More information:
www.dcl-delta.com

DELTA
Electronics

DCT DELTA Vertrieb GmbH
73511 Badlinde-Landshöfen
Phone: +49 7173 929258 | Email: info@dcl-delta.de